

Holtz, Uwe; Hüsch, Heinz Günther; Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Das Memorandum zur Nord-Süd-Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holtz, Uwe; Hüsch, Heinz Günther; Kebschull, Dietrich (1977) : Das Memorandum zur Nord-Süd-Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 9, pp. 435-443

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135108>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Memorandum zur Nord-Süd-Politik

Eine Gruppe von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten legte der Öffentlichkeit kürzlich ein „Memorandum zur Nord-Süd-Politik“ vor. Sein Ziel ist es, Grundpositionen für die Strategie des nächsten Entwicklungsjahrzehnts zu entwerfen. Das Memorandum erläutert Dr. Holtz, Mitglied der Gruppe, für die CDU nehmen Dr. Hüscher und aus wissenschaftlicher Sicht Dr. Kebschull Stellung.

Uwe Holtz

Signal für eine südpolitische Offensive

Das 50 Punkte umfassende Memorandum zur Nord-Süd-Politik einer zehnköpfigen Parlamentariergruppe der SPD¹⁾ will ein Signal für eine südpolitische Offensive in der Bundesrepublik geben. Die SPD hat eine breite Diskussion über die Nord-Süd-Frage eröffnet: Neben dem Memorandum sind die August-Ausgabe des Mitglieder-Magazins und das entwicklungspolitische „Forum“ vom 1./2. September dieses Jahres zu nennen. Es gilt, den politischen und öffentlichen Willen zur stärkeren Solidarität mit der Dritten Welt zu wecken, so daß die Lücke zwischen Zieldeklaration und der realen Politik geschlossen werden kann. Das Nord-Süd-Memorandum versteht sich als Grundlage für die auf dem Hamburger Parteitag im November zu verabschiedenden neuen entwicklungspolitischen Leitlinien der SPD und als An-

regung für die fortzuschreibende entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung.

Grundlagen

Die sozialdemokratische Südpolitik muß neben der West- und der Ostpolitik als dritte Säule der Friedenssicherung zu einer gerechteren Verteilung von Wohlstand, Wissen und Macht im Nord-Süd-Verhältnis beitragen. Die Verfasser des Memorandums fordern deshalb zum einen mehr Solidarität mit der Dritten Welt. Die Südpolitik wird zunehmend als die eigentliche soziale Frage des 20. Jahrhunderts verstanden; auch die Wahlplattform der Europäischen Sozialisten weist Europa eine entscheidende Rolle als Solidaritätsfaktor im Nord-Süd-Konflikt zu. Die Solidarität soll vor allem den benachteiligten Menschen in den Entwicklungsländern zugute kommen, damit sie ihre Grundbedürfnisse befriedigen und sich von Abhängigkeit und Not befreien können. Zum

anderen wird der Aufbau einer leistungsfähigen und gerechten internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung gefordert und damit jener Oppositionsauffassung eine Absage erteilt, die da meint, eine höhere Entwicklungshilfe könne die Neuordnung der Weltwirtschaft überflüssig machen.

Es wird anerkannt, daß die Dritte Welt die Hauptlast im Kampf gegen Armut, Abhängigkeit und Unterentwicklung zu tragen hat. In vielen Ländern werden tiefgreifende Veränderungen als notwendig erachtet, um die elementarsten Menschenrechte durchzusetzen. Eine stärkere Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander wird als Weg zu einer eigenständigen Entwicklung und zur Befreiung von wirtschaftlicher und kultureller Abhängigkeit angesehen.

Angelpunkt der künftigen Entwicklungspolitik muß die Befriedigung der Grundbedürfnisse für die Menschen in den Ent-

¹⁾ Rudolf Bindig, Lenelotte von Bothmer, Helmut Esters, Brigitte Erler, Katharina Focke, Karl Hofmann, Uwe Holtz, Erwin Lange, Günter Schluckebier und Jürgen Schmude.

wirtschaftsländern sein. Deshalb ist es nötig, auch in der Praxis zu einer stärker sozialorientierten Entwicklungspolitik zu kommen. Das Grundbedürfnisse-Konzept stellt einmal den privaten Verbrauch ab (Ernährung, Bekleidung, Wohnung), dann auf die wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen (einwandfreies Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitspflege und Bildung) und letztlich auf die Mitentscheidungsmöglichkeiten der Betroffenen. Ein solches Konzept erfordert Vorrang für die ärmsten Länder, Regionen und Bevölkerungsschichten.

Die sozialdemokratische Entwicklungspolitik sollte vor allem jenen Ländern und Kräften zugute kommen, von denen Erfolge im Kampf für bessere Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung zu erwarten sind. Andererseits sollte die Zusammenarbeit dort abgelehnt werden, wo diese Ziele nicht verfolgt werden.

Nach dem Memorandum sollen die Zuschüsse am Gesamtvolumen der Entwicklungszusammenarbeit erhöht, die projektungebundene finanzielle Zusammenarbeit verstärkt, die Erfolgskontrolle über rein wirtschaftliche Aspekte hinaus erweitert und die entwicklungspolitische Arbeit von privaten Trägern und Organisationen nachhaltig und unbürokratisch gefördert werden.

Stufenplan

Neben der „sozialen“ Seite der Friedenssicherungspolitik sind die Bemühungen um den Abbau militärischer Konfrontation zu verstärken. Die Waffenlieferungen einiger Länder in die Dritte Welt widersprechen diesem Ziel. Auch die Bundesrepublik hat alles zu unterlassen, was direkt oder indirekt zu einer Militarisierung der Dritten

Welt beitragen kann. Die im Zuge der angestrebten Abrüstung freiwerdenden Mittel sind für die Stärkung der Nord-Süd-Friedenspolitik einzusetzen.

Die Bundesregierung muß stärker als bisher ihre politischen Überzeugungen (z. B. Verurteilung des Apartheidregimes) durch ihre wirtschaftliche Kraft zum Tragen bringen. Die internationale Glaubwürdigkeit würde auch dadurch gefestigt werden, daß die relativ wohlhabende Bundesrepublik sich deutlich dem 0,7%-Ziel nähern würde. Deshalb wird im Memorandum ein Stufenplan zur Erreichung dieses Ziels gefordert. Dieser Stufenplan soll die Aufbringung der Mittel aus öffentlichen Haushalten – auch denen der Bundesländer –, aus steigenden Anteilen am ERP-Sondervermögen, zweckgebundenen Abga-

ben und aus der Aufnahme von Kapitalmarktmitteln regeln.

Das Parlament muß seinerseits unter Beweis stellen, daß es der Nord-Süd-Politik einen höheren Stellenwert als bisher einräumt. Die relativ unverbindliche entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung sollte auf eine festere, kontrollierbare und einklagbare Basis gestellt werden. Deshalb wird die Verabschiedung eines „Gesetzes zur Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern“ empfohlen, in dem Grundlagen Ziele und Instrumente der Entwicklungspolitik verankert werden.

Neue Weltwirtschaftspolitik

Für Sozialdemokraten enthält das von den Entwicklungsländern aufgestellte integrierte Rohstoffprogramm berechtigte Forderungen, die sich weitgehend marktgerecht ausgestalten lassen. Dennoch wird man bei der Errichtung einer leistungsfähigen und gerechten Weltwirtschaftsordnung nicht auf gemischtwirtschaftliche Instrumente verzichten können („so viel Wettbewerb wie möglich soviel Planung wie nötig“).

Die Sozialdemokraten fordern

- ☐ eine beschleunigte und vielseitige Industrialisierung der Entwicklungsländer,
- ☐ Erleichterung des Zugangs zu technologischem Wissen,
- ☐ Öffnung der Absatz- und Kapitalmärkte in den Industrieländern für Entwicklungsländer,
- ☐ Ausbau des Handels zwischen und Aufbau von Binnenmärkten in den Entwicklungsländern,
- ☐ Abbau von Ungerechtigkeiten im internationalen Transport- und Versicherungswesen,
- ☐ Liquidierung von Import- und Exportkartellen,
- ☐ eine weltweite Stabilisierung der Exporterlöse,

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Dr. phil. Uwe Holtz, 33, SPD-MdB, ist seit 1974 Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Dr. jur. Heinz Günther Hüscher, 48, CDU-MdB, war bis zu seiner Wahl in den Bundestag Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der CDU.

Dr. Dietrich Kebschull, 37, ist Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

☐ Beseitigung der vielfältigen Handelshemmnisse,

☐ einen zügigen Ausbau der Zollvergünstigungen der EG gegenüber den Entwicklungsländern,

☐ privatwirtschaftliche Aktivitäten in den Entwicklungsländern in der Form partnerschaftlicher Zusammenarbeit,

☐ Kontrolle und Steuerung multinationaler Unternehmen durch internationale Vereinbarungen.

Darüber hinaus schlägt das Memorandum ein umfassendes Aufbauprogramm für die Dritte Welt (eine Art „Marshall-Plan“) und ein Ergänzungsprogramm vor, das – von Bund und Ländern über Haushalts- und Kapitalmarktmittel finanziert – den Entwicklungsländern zusätzliche Kredite zur Verfügung stellt und

gleichzeitig die Auftrags- und Beschäftigungslage insbesondere der deutschen Investitionsgüterindustrie verbessert.

Politische Aufgaben

Die angestrebte Veränderung der internationalen Arbeitsteilung wirkt auf die Wirtschaftsstruktur unseres Landes zurück; in einigen Branchen wird der notwendige Strukturwandel Anpassungsprobleme mit sich bringen, bei deren Bewältigung die Gewerkschaften frühzeitig heranzuziehen sind. Unerlässlich ist eine vorausschauende Strukturpolitik, die die Umstellungen auf zukunftssichere Arbeitsplätze, Produkte und Dienstleistungen fördert.

Die Nord-Süd-Politik ist zu einer wichtigen Klammer der sozialliberalen Koalition gewor-

den. Regierung, Parlament, Parteien und gesellschaftliche Gruppen, die zusätzliche Mittel für die Dritte Welt mobilisieren, müssen unsere Öffentlichkeit verstärkt auf die Folgen der wirtschaftlichen und sozialen Détente des Nord-Süd-Konflikts im Inland vorbereiten. Das Memorandum zur Nord-Süd-Politik will Grundpositionen für die Strategie des nächsten Entwicklungsjahrzehnts entwerfen. Die Bundesregierung sollte die Parteimeinung und die Unterstützung der Öffentlichkeit für einen mutigen Sprung nach vorn nutzen: mehr Solidarität, ein konsequenter Kampf gegen die Unterentwicklung und Abhängigkeit, eine intensivere und stärker sozial orientierte Entwicklungszusammenarbeit sowie der Aufbau einer leistungsfähigen und gerechten Weltwirtschaftsordnung.

Heinz Günther Hüscher

Anlaß zur Diskussion – mehr aber auch nicht

Die Polarisierung in der deutschen Politik hat ein Maß erreicht, das kaum noch ausgeweitet werden kann. Sicher: Die Umgangsformen der parlamentarisch-politischen Auseinandersetzung halten sich im verfassungsrechtlichen und sieht man von einzelnen Entgleisungen ab – auch im ethisch vertretbaren Rahmen. Bonn ist eben nicht Weimar. Dennoch gibt die Entwicklung zur größten Besorgnis Anlaß. Sie führt dazu, daß ordnungspolitische Vorstellungen kaum noch durchgesetzt werden können, weil das taktische Kalkül der Dauerwahlkämpfe in Ge-

meinden, Ländern und Bund zur Festlegung von Tagespositionen führt. Man verhält sich so, als ginge es um ein „Linsengericht“ und nicht um das Erbe für kommende Generationen.

Die Polarisierung erstreckt sich auch auf ein Gebiet, auf dem Gemeinsamkeit Voraussetzung für Erfolg und Nutzen wäre: die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt, die immer noch mit einem Anflug von Überheblichkeit als „Entwicklungspolitik“ bezeichnet wird. Die Sicherung des Frie-

dens, die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit im Verhältnis der Länder zueinander und zugunsten eines jeden einzelnen, aber auch der wirtschaftliche Nutzen, der aus wirtschaftlicher Zusammenarbeit dem eigenen Land erwachsen kann, sind Zielvorstellungen, die alle Bonner parlamentarischen Parteien vereinen. Das Memorandum zur Nord-Süd-Politik, das Sozialdemokraten am 2.8.1977 vorgelegt haben, belegt diese Feststellung. Die Wege dahin bleiben jedoch nicht nur strittig. Es zeichnet sich vielmehr ab, daß sich das politische und parla-

mentarische Ringen um Form und Richtung, aber auch um Inhalt der Schritte auf diesem Weg verschärfen wird. Die unglückliche Reise der Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erklärungen des Bundesgeschäftsführers der SPD zu den Freiheitsbewegungen im südlichen Afrika und manche nach wie vor ungebrochene Schwarmgeisterei der Epple-ri-schen Ministerzeit beweisen dies ebenso wie die Stimmen, die z. B. auf die weltpolitische Bedeutung der Vorgänge in Südafrika und in nichtkommunistischen Staaten Asiens hinweisen. Deshalb stellt sich als erstes die Frage, ob das Memorandum der Sozialdemokraten Bindig u. a. ein Beitrag zum Aufbau notwendiger Gemeinsamkeit oder Munition für das weitere Abrücken der ohnehin bedauerlich polarisierten Kräfte ist.

Taktisches Kalkül

Immerhin ist es zu begrüßen, daß ein Memorandum überhaupt zustande kam. Die Verfasser haben verspürt, daß der SPD eine programmatische und deshalb für jedermann zitierbare Aussage ihrer politischen Position im Nord-Süd-Verhältnis fehlt. Daran konnte auch die Regierungspolitik mit den notgedrungen starren administrativen Konturen ebenso wenig etwas ändern wie die eilends zusammengetragenen und inzwischen überholten Gymnicher Thesen. Bei der inneren Nähe der verfassenden Sozialdemokraten zu dem links angesiedelten Teil der FDP-Fraktion wird man davon ausgehen können, daß das Memorandum zudem weitgehend wiedergibt, was Freidemokraten, die auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit arbeiten, denken. Insgesamt erfüllt der 50-Punkte-Katalog dennoch nicht die Erwartungen. Gegenüber der entwicklungspoliti-

schen Konzeption der CDU, die nach sorgfältiger Vorarbeit zustande kam und im Rahmen der Mannheimer Erklärung der CDU 1976 als verbindlich erklärt wurde, fällt das Memorandum deutlich ab. Den Verfassern ist der Anschluß an die politische Diskussion nicht gelungen. Es bleibt zwar positiv, daß sie bemüht waren, Fraktionskollegen und Mitglieder der eigenen Partei zur einschlägigen Diskussion anzuregen. Wer die Urheber persönlich kennt, wird ihnen den Respekt vor ihrem persönlichen Engagement und der Aufrichtigkeit der politischen Absicht nicht verweigern können. Andererseits aber kann das Papier nicht ohne taktisches Kalkül entstanden sein. Denn auf den SPD-Parteitag der letzten Jahre hatten sich linke Kräfte dem Problem der Dritten und Vierten Welt aufgeschlossen gezeigt und waren weitgehend tonangebend geworden. Nach dem Scheitern der illusionsbeladenen Theoretiker an dem Realitätssinn breiter Funktionärschichten in der SPD, die z. B. aus der täglichen Betriebsratsarbeit wissen, was geht und was nicht, schien sich ihnen die ungetrübte wiederholte Forderung nach Systemveränderung besonders gut an der Armut und der Ungerechtigkeit in Ländern der Dritten und Vierten Welt zu illustrieren. Den Verfassern des Memorandums, im Parlament für die SPD federführend, stand sozusagen das Wasser am Halse, die geistig-politische Führung in ihrer eigenen Partei zu behaupten.

Worte und Taten

Die Zeichen für einen Erfolg des Memorandums stehen allerdings nicht gut. Schon hat Finanzminister Apel materiell abgewunken. Es ist eben doch einfacher, eine Forderung zu formulieren, als sie durch Zahlungen aus dem Bundeshaushalt zu belegen. Deshalb müssen

sich die Sozialdemokraten auch fragen lassen, mit welcher moralischen Berechtigung sie die Forderung nach Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 % des Bruttosozialproduktes wiederholen, wenn sie in den Haushaltsberatungen wenige Wochen zuvor zwar Ankündigungen machten, jedoch Anträge – und sei es nur als Gruppe – nicht stellten. Ebenso wenig war ein wirksamer Protest gegen die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung hörbar, obwohl ein Absinken des Anteiles der Entwicklungshilfe vorausgesagt wurde. Die Ankündigung auf dem Wiesbadener Kongreß, die Entwicklungshilfe im Haushalt 1978 zu erhöhen, bedarf zunächst der Belegung und des Beweises, daß es sich nicht nur um einen auf den Parteikongreß verlegten Schaufschlag handelt. Was als programmatische Stärke erscheint, ist zugleich Schwäche. Als in der Regierung maßgebliche Partei kann es sich die SPD nur schwer leisten, gewichtige Memoranden zu verabschieden, wenn sie die Leitlinien nicht sofort in die Tat umzusetzen sucht. Das Recht, auf eine spätere Zukunft hin zu versprechen, hat wohl nur die Opposition bis zu dem Tag, an dem sie die Regierung übernimmt. So verdienstvoll deshalb die Belebung der Diskussion innerhalb der SPD – wenn auch mit zweijährigem Verzug zur CDU – ist, so folgenscher kann der mit großem publizistischem Aufwand und versuchter internationaler Unterstützung unternommene Schritt dann werden, wenn die Taten hinter den Worten zurückbleiben. Enttäuschte Freunde werden schnell zu Feinden. Um ihrer gesamten Politik willen verträgt die deutsche Politik das Anwachsen der Zahl ihrer Gegner nicht. Die Verfasser haben daher mit der Veröffentlichung ihres Memorandums ein hohes Maß an Verantwortung dafür übernommen, daß zumindest

die materiellen Zusagen an die Dritte und Vierte Welt durch Handeln belegt werden.

Unausgewogene Konzeption

Kann die Aktivität der Abgeordneten Bindig und Kollegen wegen ihrer Anstoßwirkung als positiv angesehen werden, so ergeben sich gegen das, was im Memorandum verfolgt wird, schwerwiegende Bedenken.

Ganz im Widerspruch zu den entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU, deren Sprache klar und deren Inhalt unmißverständlich ist, bedient sich das Memorandum einer Sprache, die gelegentlich grammatisch unzulänglich und in ihrem Ausdruck nicht eindeutig ist. Die Formulierungen sind teilweise widersprüchlich. In der Konzeption wirkt das Memorandum unausgewogen. Die Verfasser gelten im parlamentarischen Bereich als Experten ihrer Partei. Man hätte deshalb erwarten dürfen, daß sie aufgrund ihres Wissens- und Informationsvorsprunges präzise analysiert und begründet hätten, daß sie in der Lage sind, den Stellenwert der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Rahmen der Gesamtpolitik einzuordnen. Hier zeigen sich entscheidende Mängel. Das Verhältnis zur Europapolitik läßt sich – wenn überhaupt – dann nur aus Beiworten und zwischen den Zeilen herauslesen. Der Bezug zur Außenpolitik ist verkümmert. Die bekannte Befürwortung der Ostpolitik und das mit ihr einhergehende Nachlassen in der Wachsamkeit erklärt, warum die Zuordnung der Nord-Süd-Politik in das Spannungsdreieck: Freiheit – marxistischer Sozialismus und russische Expansion – Dritte und Vierte Welt, nicht dargestellt wird.

Nun liegt die Schwäche des Memorandums gerade darin, daß dort, wo die Umsetzbarkeit theoretischer Forderungen in

die Praxis notwendig wird, die Entfernung zur Realität wächst. Dies beginnt mit der Rolle, die den Vereinten Nationen zugeordnet ist. Die Annahme, die Weltorganisation sei zu einem „gerechten Interessenausgleich“ in der Lage, wird durch keinen Vorgang der letzten Jahre belegt. Im Gegenteil: nicht das Recht und die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Prinzipien bestimmen deren Beschlüsse, sondern die jeweilige politische Nützlichkeit. Angesichts von Vetorechten, von Block- und Fraktionsbildungen ist mit Einsicht und deshalb Ausgleich nicht zu rechnen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß den Vereinten Nationen auch jedes Instrumentarium fehlt, einen Ausgleich ggf. gegen Mehrheiten oder machtvolle Minderheiten durchzusetzen. Die Hoffnung des Memorandums – Ziff. 8 – hätte nur dann Sinn, wenn den Vereinten Nationen Souveränität übertragen werden sollte. Die Verfasser haben sich zu einem entsprechenden Vorschlag nicht durchgerungen.

Fehlende Inhaltsbestimmung

Das Memorandum plädiert für eine „tiefgreifende Neuordnung der Weltwirtschaft“, ohne die sich die Lage der Menschen in der Dritten Welt nicht nachhaltig verbessern könne. Was unter Neuordnung zu verstehen ist, bleibt unerwähnt. Bemerkenswerterweise ist in der begleitenden Pressemitteilung gar nicht von der „tiefgreifenden Neuordnung“ die Rede, sondern lediglich von der Beseitigung der Mängel der (alten) Ordnung. Wenn es nur um Mängelbeseitigung geht, bedarf es keiner „tiefgreifenden Neuordnung“. Für die Forderung, anstelle der alten Ordnung eine „leistungsfähige und gerechte Weltwirtschaftsordnung“ zu setzen, fehlt es an jeder Inhaltsbestimmung. Die alte Ordnung wird kurzer-

hand als „Arbeitsteilung“ definiert, die folglich überwunden werden müsse. Das hindert die Verfasser nicht, an anderer Stelle die Arbeitsteilung zwischen Industrieländern und den Entwicklungsländern vorzuschlagen. Es fragt sich: nur sprachliche Unsauberkeit oder Schwäche in der Sache?

Unsauber formuliert ist die These Ziff. 5, derzufolge „menschenswürdige Lebensbedingungen Vorrang vor abstrakten Wachstumsraten“ haben sollen. Hier werden qualitative Merkmale mit quantitativen vermengt. Es fehlt an der Darstellung solcher Kriterien, durch die „menschenswürdige Lebensbedingungen“ im Sinne des Memorandums bestimmt werden. Die Absicht der Verfasser ist es wohl, vor einer Überbetonung des Wachstums und vor der Wachstumsgläubigkeit zu warnen. Dann sollte man es auch so ausdrücken und nicht in die Kampfsprache von Theoretikern verfallen.

„Weltweite europäische Zusammenarbeit“ mit den Entwicklungsländern ist ebenso unpräzise formuliert. Was meint man? Europäisch oder weltweit, oder geht es darum, daß die Europäer weltweit zusammenarbeiten sollen? Und wie sähe dies aus? Allein die programmatische Forderung besagt nichts über den Inhalt. Erst in Kenntnis des gedachten Inhaltes läßt sich Wert und Unwert der Forderungen beurteilen.

An anderer Stelle heißt es, daß die Politik zu einer „gerechteren Verteilung von Wohlstand, Wissen und Macht“ beitragen soll. Läßt sich Wissen in diesem Sinne verteilen? Ebenso wenig läßt sich der Wohlstand auf das Problem der Verteilung reduzieren. Macht ist keineswegs nur die Frage des beeinflussbaren Hin- und Herschiebens von Positionen und Kräften.

Klassenkampfjargon

Man wäre geneigt, diese und andere Formulierungen als Nachlässigkeiten zu werten. Es wäre ein Trugschluß. Die Ungenauigkeit signalisiert den Standort der Verfasser. Sie offenbaren mit den verwendeten Begriffen zugleich Vorstellungen, Werteordnungen und Absichten, die sich vielfach der Rationalität und der Logik entziehen. Man muß dies sehen, um die wahren Absichten zu erkennen. Entscheidend für die Verfasser und sozusagen der rote Faden in ihrer Absicht ist das Bestreben, Sozialismus zu vertreten und auszubreiten. Man bedient sich dazu der versteckten Diffamierung ebenso wie der Wiederholung alter Klischees. Die Forderung, daß sich Unternehmen der Industrieländer auf ein neues Selbstverständnis der Entwicklungsländer umstellen müßten und daß privatwirtschaftliche Aktivitäten in den Entwicklungsländern nur noch in Form partnerschaftlicher Zusammenarbeit Zukunft hätten, beinhaltet die unterschwellige Unterstellung, dies sei bisher nicht der Fall. Zahlreiche Beispiele beweisen Gegenteiliges. Das peinliche Selbstlob, die SPD trete seit 100 Jahren für die Rechte der „arbeitenden Menschen“ ein, ist Klassenkampfjargon. Man könnte darüber hinweggehen mit dem Hinweis, daß es bei vielen Problemen der Dritten und Vierten Welt gar nicht um die „arbeitenden“, sondern um die „arbeitslosen Menschen“ geht und daß sich somit die SPD aufgrund Selbstdarstellung nicht als deren Sprecher aufführen könne. Es muß die Frage erlaubt sein, ob die „Gleichheit“ tatsächlich das alles entscheidende Gewicht hat. Würde man nicht auch eine begrenzte Ungleichentwicklung vorübergehend in Kauf nehmen können und müssen, wenn nur so die Ausweitung des allgemeinen Wohlstandes erreicht werden kann? Die Motivation

der Menschen zu mehr Leistung und größerem Fleiß allein durch staatlichen Zwang scheitert, wie die sozialistischen Wirtschaftssysteme Tag für Tag klarlegen. Demgegenüber ist der Lohn für Leistung Auslösung wachsenden Wohlstandes. Belohnte Leistung führt aber von sozialistischer Gleichheit weg, die sich nur im System des geistigen Zwanges und der materiellen allgemeinen Armut erreichen ließe. Sozialisten vermögen dies nur selten einzusehen. Die Verfasser tun es auch nicht.

Politische Mängel

CDU und CSU haben die soziale Marktwirtschaft als Leitmotiv für Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen auch anderer Länder herausgestellt. Damit ist keine schematische Übertragung des Systems der Bundesrepublik gefordert. Wohl aber die Entwicklung ordnungspolitischer Zielvorgaben in jenen Ländern, in denen koloniale Unterdrückung nicht als – alleinige – Ursache der Armut definiert werden kann. Gegenüber den motivierenden Kräften des Wettbewerbs, der Leistung und des Nutzens, der aus beidem entsteht, und gegenüber der sozialen Verpflichtung, die der Gesamtheit wie auch dem einzelnen obliegt, gibt es kein System, das erfolgreicher war oder sein könnte als die soziale Marktwirtschaft. Die Meinung der Verfasser, Ordnungsvorstellungen dürften schlechterdings nicht übertragen werden, stellen auf der einen Seite den Verzicht auf Gestaltung gesellschaftspolitischer Verhältnisse im Sinne der freien und sozialverpflichtenden Ordnung dar. Zum anderen tritt aus ihr der neu belebte Vorbehalt gegen die soziale Marktwirtschaft zutage. Der im Memorandum inhaltlich geforderte Verzicht auf jedwede ordnungspolitische Einwirkung verschließt die Augen davor, daß der Weltkommunismus und seine

Schattierungen längst erreicht haben oder im großen Maße im Begriff stehen, an die Stelle der Freiheit Systeme zu setzen, in denen weder die persönliche Freiheit noch die materiellen Elemente zur Behauptung der Freiheit Raum haben. Es reicht dann auch nicht aus, die Bevorzugung derjenigen Länder zu postulieren, deren innerstaatliche Strukturen den sozialistisch-sozialdemokratischen Vorstellungen nahekommen. Es wird den Verfassern schwerfallen, den Nachweis geeigneter, demokratischer, pluraler und sozialer Anwendungsgebiete zu erbringen.

Die Herrschaft einer sozialistischen Einheitspartei, wie in vielen befreundeten sozialistischen Ländern, ist nun wirklich kein geeigneter Anhaltspunkt für soziale Demokratie. Abgesehen davon, daß es an jedem ausfüllbaren Kriterium fehlt, verfällt das Memorandum in eine bedenkliche politische Parteilichkeit dort, wo Liberalität und entschlossenes Eintreten für die unverzichtbaren Werte des Menschen und seiner Grundrechte geboten sind. Die hohen, wenn auch keineswegs ausreichender materiellen Beiträge, die unser Land im Nord-Süd-Verhältnis erbringt, berechtigen uns auch zur kämpferischen und betonten Vertretung der Werte, von denen wir annehmen, daß sie dem Menschen mit seiner Geburt beigegeben sind, und von denen wir andererseits auch wissen, daß sie die Grundlage menschenwürdiger Verhältnisse sind. Das Schweigen des Memorandums dazu und die Akzentuierung auf andere, daran gemessen zweitrangige Techniken kennzeichnen die politische Mangelhaftigkeit des Memorandums. Es mag zur Diskussion anregen, trägt jedoch nicht dazu bei, notwendige außenpolitische Gemeinsamkeit zu schaffen, und es bereitet auch keine Lösung offener Sachfragen vor.

Dietrich Kobschull

Keine Hilfe für die praktische Politik

Die jüngsten Auseinandersetzungen um die deutsche Entwicklungspolitik im südlichen Afrika unterstreichen einmal mehr, welche immensen Schwierigkeiten die Bundesrepublik mit dieser Politik intern und im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt hat. Das 1957 gegründete Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ist nach wie vor auf der Suche nach einer allgemein akzeptablen Strategie und Konzeption, die sowohl die Interessen der Entwicklungsländer als auch die vielfältigen und wechselnden wirtschaftlichen, außenpolitischen, sozialen und humanitären Zielvorstellungen in der Bundesrepublik unter einen Hut bringen.

Viele Konzeptionsversuche

Die bisher umfassendste Konzeption stammt von Erhard Eppler. Was er jedoch als Leitfaden für Administration und Praktiker gedacht hatte, wurde unter dem Druck interner Schwierigkeiten zunehmend verwässert. Verbindliche quantitative und zeitliche Zusagen verschwanden bei den Fortschreibungen mehr und mehr. Das Ergebnis ist ein mit Leerformeln überladenes Kompromißpapier, das für eine effiziente Politik keine brauchbare Grundlage bietet. Praktiker können aus dieser „Konzeption“ keine Richtlinien für ihr Handeln entnehmen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die von der Opposition vorgelegten Leitlinien zur Entwicklungspolitik, die heute ebenfalls als „Kon-

zeption“ bezeichnet werden wollen, in wesentlichen Punkten mit dem Eppler-Papier übereinstimmen.

Auch der große Wurf Egon Bahrs, die deutsche Entwicklungspolitik mit Hilfe seiner 25 Gymnicher Thesen auf festen Boden zu stellen, ging ins Leere. Zwar erreichte er die Zustimmung aller Ressorts, doch die Resonanz in Form gemeinsamer Zielvorstellungen und eines einheitlichen Vorgehens blieb aus.

Statt dessen konstatiert die Öffentlichkeit ein ständiges Hickhack über die Rolle des BMZ, seine Kompetenzen und seine Leitung. Der offensichtliche Einfluß der Außenpolitik, des Wirtschaftsministers, des Finanzressorts und vieler anderer zeigt, daß sich viele Köche für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständig fühlen, was dem Brei erfahrungsgemäß nicht gut tut. In dieser Situation erweckt das Memorandum der zehn „entwicklungspolitisch besonders engagierten“ SPD-Parlamentarier zur Entwicklungspolitik verständlicherweise reges Interesse. Denn schon die Autorennamen lassen vermuten, daß sein Inhalt nicht nur das entwicklungspolitische Forum und den kommenden Parteitag der SPD beleben soll, sondern daß hier die Grundlage der längst fälligen Neukonzeption präsentiert wird. Daß die Zeit dafür reif ist, zeigen auch die FDP-Initiativen auf diesem Gebiet.

Unklarer Ausgangspunkt

Die SPD-Abgeordneten nennen ihr Papier „Memorandum“,

was der Duden als „Bemerkenswertes“ definiert. Das aber, was sie in 50 Punkten zusammengestellt haben, wird diesem hohen Anspruch — zumindest im positiven Sinne — nicht gerecht.

Der Hauptnachteil des Papiers besteht darin, daß es völlig auf die Situationsanalyse in der Bundesrepublik und in den Entwicklungsländern verzichtet, um daraus überzeugend und konsequent einleuchtende Maßnahmen abzuleiten. Bevor neue Vorschläge gemacht werden, müßte vor allem die Kernfrage der Entwicklungspolitik — warum sie überhaupt betrieben wird — beantwortet werden. Man sollte sich davor hüten, die Existenz eines Ministeriums allein schon als hinreichende Begründung anzusehen und die vielen Diskrepanzen mit anderen Ministerien zu übersehen.

Ein klärendes Wort darüber, ob die deutsche Entwicklungspolitik sich z. B. durch ihre langfristige Ausrichtung von Außen- und Wirtschaftspolitik unterscheiden soll, fehlt in dem Memorandum ebenso wie eine Präzisierung der eigenen Interessenlage. Die Forderung nach Solidarität mit den Menschen der Dritten Welt und nach Verantwortungsbewußtsein macht weder Motivation noch Zielsetzungen deutlich. Sie entspricht in ihrer Diktion der unverbindlichen und durch Lippenbekenntnisse geprägten entwicklungspolitischen Diskussion der letzten zwanzig Jahre. Außerdem ist sie weder besonders originell noch spezifisch sozialdemokratisch. Denn den Gemeinplatz „Solidarität“

rität“ nehmen — wie z. B. der Titel des entwicklungspolitischen Kongresses der CDU im Jahre 1975 zeigt — auch andere schon lange für sich in Anspruch, ohne daß damit große Änderungen auf die Politik ausgingen.

Es ist eine Binsenweisheit, daß eine Politik, die auf die Dauer erfolgreich sein will, von der Bevölkerung mitgetragen werden muß. Dies ist nur dann der Fall, wenn sie die Interessen dieser Bevölkerung vertritt. Hier aber liegt die eigentliche Crux in der gesamten Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Bis heute werden die eigenen Interessen — um sich nicht dem Vorwurf des Neokolonialismus von seiten der Dritten Welt auszusetzen — nur verschämt genannt.

Der Hinweis auf die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik aufgrund der Beziehungen zu den Entwicklungsländern ist allein wenig befriedigend. Denn erstens bestehen diese Arbeitsplätze eher aufgrund langfristiger traditioneller Außenhandelskontakte als wegen entwicklungspolitischer Maßnahmen; und zweitens verliert dieses Argument erheblich an Zugkraft, wenn gleichzeitig allenthalben die Furcht vor wachsender Arbeitslosigkeit infolge vermehrter Konkurrenz der Entwicklungsländer geschürt

wird. Wen kann es da wundern, daß die deutsche Bevölkerung das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am ehesten für überflüssig hält?

Statt sich auf schwache Argumente zu stützen oder sich hinter vagen Begriffen wie z. B. Solidarität und Friedenspolitik zu verschanzen, sollte sich die Entwicklungspolitik endlich zu ihren tatsächlich vorhandenen Eigeninteressen bekennen. Dazu gehören neben der Rohstoffsicherung und strukturpolitischen Zielen eindeutig auch außenpolitische Vorstellungen. Wenn Entwicklungspolitik wirklich ein integraler Bestandteil der Gesamtpolitik sein will, muß sie diese Ziele definieren und vertreten. Mit leeren Schlagworten von — wie auch immer verstandener — Solidarität und Friedenspolitik läßt sich die breite Bevölkerung nicht für die Entwicklungspolitik mobilisieren. In der Dritten Welt stößt der Verzicht auf die Nennung eigener Interessen ohnehin auf Verständnislosigkeit und Mißtrauen.

Fehlende Kriterien

Ebenso unklar wie die deutsche sozialdemokratische Position fällt im Memorandum die Analyse der Entwicklungsländer aus. Konstatiert wird zwar ein „neues Selbstverständnis“, doch fehlt dazu jede Erläuterung.

Auch die Kriterien für die Auswahl von Ländern, in denen sich die Entwicklungspolitik engagieren soll, bleiben im Dunkeln. Da heißt es „Alle Anstrengungen . . . müssen scheitern, wenn die Ober- und Mittelschichten der armen Länder den ständig steigenden Konsumstandard der reichen Länder nachzuahmen versuchen“ (Ziffer 13)¹⁾. Sozialdemokraten wollen deshalb „bevorzugt“ mit Regierungen und Kräften zusammenarbeiten (Ziffer 14), die sich tatsächlich zu Verbesserung der Lebensbedingungen der benachteiligten Bevölkerungsschichten einsetzen.

Der Leser fragt sich hier unwillkürlich, was im Einzelfall wohl unter den Mittelschichten zu verstehen ist, wie weit die Nachahmung westlicher Konsumgewohnheiten nach sozialdemokratischer Ansicht gehen darf und wie etwa die nicht „bevorzugte“ Zusammenarbeit aussehen wird.

Das Papier schafft Verunsicherung, wo es klären sollte. Würde man beispielsweise mit einem erdölexportierenden Land, dessen Öl man braucht, nicht zusammenarbeiten, weil es sich den westlichen Konsummuster

¹⁾ Zitiert wurde aus dem Papier „Memorandum zur Nord-Süd-Politik“, vorgelegt am 2. 8. 1977 von den Sozialdemokraten Bindig, von Bothmer, Esters, Erler, Fock, Hofmann, Holtz, Lange, Schluckebie, Schumde; hektografiert.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Wolfgang Michalski (Hrsg.)

INDUSTRIEGESELLSCHAFT IM WANDEL

Probleme, Lösungsmöglichkeiten, Perspektiven

Großoktav, 293 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 48,—

ISBN 3-87895-153-1

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

nicht verschließt und die ärmeren Bevölkerungsgruppen nur begrenzt fördert? Solche Länder gibt es nun einmal in der Realität. Aber das Memorandum liefert keine Anhaltspunkte für ihre Einordnung in ein entwicklungspolitisches Konzept.

Klischeevorstellungen

Wenig erfreulich wirkt auch die unreflektierte Einbeziehung von Klischeevorstellungen. Typisch dafür ist der Satz „Menschenwürdige Lebensbedingungen und Arbeitsplätze für die Masse der Bevölkerung haben . . . Vorrang vor abstrakten Wachstumsraten“ (Ziffer 5).

Abgesehen davon, daß es abstrakte Wachstumsraten nicht gibt, wird hier völlig überflüssigerweise noch einmal die Kritik des Club of Rome aufgewärmt, die inzwischen längst Historie ist. Denn inzwischen hat es sich auch bei Nicht-Ökonomen herumgesprochen, daß die statt dessen angestrebte höhere Lebensqualität ebenfalls nicht ohne Wachstum (mit hohen Raten) möglich ist. Gerade eine Politik, die weltweit bessere Lebensbedingungen sichern und Arbeitsplätze schaffen möchte, kann auf Wachstum nicht verzichten. Andernfalls entzieht sie sich selbst den Boden.

Wenig abgesichert wirken auch die Hinweise auf die „Ungerechtigkeiten auf dem Gebiet des internationalen Transport- und Versicherungswesens“ (Ziffer 16) und „die durch multinationale Konzerne verhängten Lieferverbote“ (Ziffer 18). Offensichtlich meinen die Verfasser, damit Punkte identifiziert zu haben, die den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer entscheidend behindern. Tatsächlich aber fehlen bis heute die Beweise, um dies mit einiger Bestimmtheit sagen zu können.

Die bei diesen Vorwürfen vorhandene Präzision wird bei den

eigenen Vorschlägen für künftige Maßnahmen leider ängstlich vermieden. Besonders deutlich wird dies in Ziffer 21:

„Sozialdemokraten erkennen an, daß die Entwicklungsländer darauf angewiesen sind, die Kaufkraft ihrer Exporterlöse gegen eine Entwertung durch steigende Preise für ihre Importe aus den Industrieländern abzusichern. Diese Forderung ist ebenso selbstverständlich wie der Anspruch der Arbeitnehmer auf Ausgleich von Preissteigerungen bei der Lohnpolitik. Zwischen der EG und über 50 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks wurde ein erster, zeitlich begrenzter Schritt in diese Richtung vereinbart. Eine weltweite Stabilisierung der gesamten Exporterlöse ist anzustreben. Die Bedingungen müssen günstiger als die des Internationalen Währungsfonds (IWF) sein.“

Das klingt zunächst wie ein eindeutiges Votum für die von den Entwicklungsländern geforderte Bindung von Rohstoffpreisen an die Industriegüterpreise (Indexierung), die von der Bundesregierung bisher mit überzeugenden Argumenten abgelehnt wird. Die Entwicklungsländer werden es zweifellos auch so verstehen. Die beiden Schlußsätze bringen dann aber offensichtlich eine Abschwächung, ohne klarzumachen, was denn die zehn Abgeordneten nun wirklich vorschlagen.

Noch mehr Verunsicherung entsteht im Hinblick auf die Bekämpfung der wachsenden Verschuldung der Dritten Welt. Denn was bedeutet die Erklärung (Ziffer 35) „Die internationale Verschuldungslage der Entwicklungsländer ist durch gezielte Maßnahmen zu verbessern“? Eine Leitlinie für das künftige Handeln sind solche Aussagen ganz bestimmt nicht.

Zusätzliche Zweifel an der Realitätsnähe des gesamten Pa-

piers sind nicht zu vermeiden, wenn man liest, daß sich ein gerechter Interessenausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern am besten innerhalb der Vereinten Nationen erreichen läßt. Man muß nicht unbedingt zu den immer zahlreicher werdenden Kritikern der UN-Maschinerie gehören, um diesen Optimismus im Hinblick auf die künftige Politik nicht zu teilen.

Hoffnung auf ein Gesetz

Vor diesem gesamten Hintergrund wirken deshalb die Schlußfolgerungen, auch wenn man ihnen gerne zustimmen möchte, nicht zwingend und überzeugend. Dies gilt vor allem für

- ☐ die soziale Orientierung der Entwicklungshilfe,
- ☐ die stärkere Unterstützung besonders bedürftiger Länder,
- ☐ die deutlichere Berücksichtigung der Deckung von Grundbedürfnissen,
- ☐ die Steigerung der Entwicklungshilfeleistungen und
- ☐ die Verhandlungsbereitschaft bei der Realisierung des „Integrierten Rohstoffprogramms“.

Der wissenschaftliche Beirat beim BMZ hat bereits vor einigen Monaten ähnliche Vorschläge gemacht. Er hat erläutert, warum er sie für sinnvoll und angemessen hält. Im Memorandum der SPD-Abgeordneten fehlen derartige Begründungen.

Voll zu unterstützen ist deshalb der Vorschlag, daß „Grundlagen, Ziele und Instrumente der Entwicklungspolitik . . . in einem umfassenden ‚Gesetz zur Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern‘ niederzulegen“ sind (Ziffer 44). Denn vor allem über Grundlagen und Ziele sollten sich Entwicklungspolitiker und entwicklungspolitisch Engagierte — wie das Memorandum zeigt — endlich einmal Klarheit verschaffen.